

1995

Ausgegeben zu Bonn am 6. Mai 1995

Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
13. 2. 95	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region	338
3. 3. 95	Bekanntmachung des Zusatzprotokolls vom 29. September 1982 zu dem Übereinkommen über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens	343
13. 3. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens	346
27. 3. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen	347
31. 3. 95	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	350
4. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	354
7. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial	354
7. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	355
11. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	355
11. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	356
11. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie des Fakultativprotokolls hierzu	356
11. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehemillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen	357
12. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters sowie des Protokolls zu diesem Abkommen	357
12. 4. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Internationalen Zentrums für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen	358
26. 4. 95	Bekanntmachung der geänderten Fassung des Teils II des Technischen Anhangs zum Protokoll vom 31. Oktober 1988 zu dem Übereinkommen von 1979 betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses	358

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden
im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region**

Vom 13. Februar 1995

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. September 1994 zu dem Übereinkommen vom 21. Dezember 1979 über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region (BGBl. 1994 II S. 2321) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Satz 2 für

Deutschland am 8. Januar 1995

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 8. Dezember 1994 bei dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris hinterlegt worden.

Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde die folgenden Vorbehalte angebracht:

„Im akademischen Bereich:

Die Bundesrepublik Deutschland wird Zeugnisse, Diplome und Grade, die unter dieses Übereinkommen fallen, nur insoweit als gleichwertig anerkennen, als die Anforderungen der ausländischen Prüfungen mit den Prüfungsanforderungen in der Bundesrepublik Deutschland gleichwertig sind.

Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Anwendung dieses Übereinkommens nur Abschlüsse solcher ausländischer Hochschuleinrichtungen anerkennen, die den jeweiligen Hochschuleinrichtungen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes entsprechen. Die Anwendung der Bestimmungen der Artikel 8 und 9 wird den nach der Gesetzgebung zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland obliegen.

Zu Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens:

Für die Zulassung zu einem reglementierten Beruf und für seine Ausübung müssen die in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Vorschriften und Verfahren sowie die sonstigen von den zuständigen staatlichen und berufsständischen Stellen für die Ausübung des betreffenden Berufes festgelegten Bedingungen erfüllt sein. Dies gilt auch für die Zulassung zu einem Vorbereitungsdienst für einen reglementierten Beruf.“

Das Übereinkommen war bereits für die ehemalige

Deutsche Demokratische Republik am 19. Februar 1982

in Kraft getreten; die Ratifikationsurkunde war am 26. August 1981 bei dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris hinterlegt worden.

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hatte die ehemalige Deutsche Demokratische Republik die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik vertritt die Auffassung, daß Artikel 16 des oben genannten Übereinkommens im Widerspruch zu dem Grundsatz steht, daß jeder Staat, dessen Politik sich von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten läßt, das Recht hat, Vertragspartei jedes Übereinkommens zu werden, das die Interessen aller Staaten berührt.“

II.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am	29. Dezember 1994
Australien ¹⁾	am	6. September 1986
Belarus	am	3. April 1982
Belgien	am	24. Oktober 1986
Bulgarien	am	19. Februar 1982
Dänemark	am	9. Januar 1983
Finnland	am	19. Februar 1982
Frankreich	am	28. August 1989
Heiliger Stuhl	am	10. Juli 1982
Israel	am	19. Februar 1982
Italien	am	20. Februar 1983
Jugoslawien, ehemaliges ²⁾	am	19. Februar 1982
Kanada ¹⁾	am	6. April 1990
Liechtenstein	am	22. Juli 1994
Litauen	am	16. Dezember 1994
Malta	am	24. April 1983
Niederlande, für das Königreich in Europa, Aruba und die Niederländischen Antillen	am	15. Juli 1982
Norwegen	am	2. Juli 1988
Österreich ¹⁾	am	25. April 1986
Polen	am	28. November 1982
Portugal	am	29. September 1984
Rumänien	am	12. Juli 1990
San Marino	am	15. Mai 1983
Schweden	am	7. April 1984
Schweiz ¹⁾	am	16. Juni 1991
Sowjetunion, ehemalige ³⁾	am	26. Februar 1982
Spanien	am	31. September 1982
Tschechoslowakei, ehemalige ⁴⁾	am	6. Juni 1988
Türkei	am	28. Mai 1988
Ukraine	am	16. April 1982
Ungarn	am	14. Oktober 1982
Vereinigtes Königreich ¹⁾	am	22. November 1985
Zypern	am	19. April 1985

III.

Folgende Staaten haben dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien als durch das Übereinkommen gebunden betrachten:

Bosnien-Herzegowina	am	12. Juli 1993
Kroatien	am	6. Juli 1992
Slowenien	am	5. November 1992.

Dementsprechend ist das Übereinkommen für

Bosnien-Herzegowina	mit Wirkung vom	6. März 1992
Kroatien	mit Wirkung vom	8. Oktober 1991
Slowenien	mit Wirkung vom	25. Juni 1991,

dem jeweiligen Tag der Erklärung ihrer Unabhängigkeit, in Kraft getreten.

¹⁾ Diese Staaten haben Vorbehalte bzw. Erklärungen abgegeben, die in Abschnitt VI wiedergegeben werden.

²⁾ Vgl. Abschnitt III.

³⁾ Vgl. Abschnitt IV.

⁴⁾ Vgl. Abschnitt V.

IV.

Die Vertragszugehörigkeit der ehemaligen Sowjetunion wird durch die Russische Föderation fortgesetzt (vgl. die Bekanntmachung über die Fortsetzung der völkerrechtlichen Mitgliedschaften und Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Russische Föderation vom 14. August 1992, BGBl. II S. 1016).

Die folgenden Staaten haben dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger der ehemaligen Sowjetunion als durch das Übereinkommen gebunden betrachten:

Armenien	am 5. September 1993
Georgien	am 4. November 1992
Tadschikistan	am 28. August 1992.

V.

Die Slowakei und die Tschechische Republik haben dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 31. März 1993 beziehungsweise am 26. März 1993 notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der ehemaligen Tschechoslowakei, als durch das Übereinkommen gebunden betrachten.

VI.

Vorbehalte und Erklärungen

Australien

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 6. August 1986

(Übersetzung)

"In handing over Australia's instrument of accession to the Convention on the Recognition of Studies, Diplomas and Degrees concerning Higher Education in the States belonging to the Europe Region, done at Paris on 21 December 1979, I have been instructed to present the following statement:

Australia has a federal constitutional system in which legislative, executive and judicial powers are shared or distributed between the Commonwealth of Australia and the constituent States.

The implementation of the treaty throughout Australia will be effected by the Commonwealth, State and Territory authorities having regard to their respective constitutional powers and arrangements concerning their exercise.

In addition, at present in Australia each higher education institution has responsibility for determining what qualifications it will accept for admission to various levels of study. Registration boards and professional associations have responsibility for determining the recognition to be given to qualifications whether obtained in Australia or overseas, for the purpose of registration or permission to practise a profession in Australia. The Commonwealth authorities will transmit the text of the Convention to these educational in-

„Ich wurde angewiesen, bei der Übergabe der Beitrittsurkunde Australiens zu dem am 21. Dezember 1979 in Paris beschlossenen Übereinkommen über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region folgende Erklärung abzugeben:

Australien hat eine bundesstaatliche Verfassungsordnung, in der die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt geteilt beziehungsweise zwischen dem Australischen Bund und den Einzelstaaten aufgeteilt ist.

Die Durchführung des Vertrags in ganz Australien erfolgt durch die Behörden des Bundes, der Einzelstaaten und der Territorien unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen verfassungsmäßigen Befugnisse und der Regelungen für deren Ausübung.

Zudem trägt in Australien derzeit jede Hochschuleinrichtung selbst die Verantwortung für die Entscheidung über die Befähigungen, die sie für die Zulassung zu den verschiedenen Stufen des Studiums anerkennt. Berufszulassungsstellen und berufsständische Vereinigungen entscheiden verantwortlich darüber, ob in Australien oder im Ausland erworbene Befähigungen für die Zulassung zum Beruf oder für die Erlaubnis, in Australien einen Beruf auszuüben, anerkannt werden. Die Bundesbehörden werden

stitutions, in accordance with Article 6 of the Convention, and also to the relevant boards and associations.

You will understand that this statement is not a reservation."

Kanada
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. März 1990

"Canada's Constitution provides for a federal system in which legislative powers are allocated between the federal parliament and the provincial legislatures.

In accordance with its exclusive legislative powers in education under the Canadian Constitution, each province will assure the application of the Convention within its territory. Pursuant to Part IV of the Convention, federal and provincial authorities will jointly establish a commission to act as a national body.

Each post-secondary institution in Canada has responsibility for determining what qualifications it will accept for admission to various levels of study. Most professions are self-governing and have authority conferred on them by legislation to determine the recognition to be given to qualifications, whether obtained in Canada or in other countries, for the purpose of registration or permission to practice a profession in Canada.

This declaration is not a reservation."

Österreich
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 25. März 1986

«La République d'Autriche reconnaîtra les certificats, études, diplômes et grades, rentrant dans cette convention, sous réserve que le niveau et le contenu de l'enseignement et des examens étrangers correspondent au niveau de l'enseignement et des examens autrichiens comparables.

Lors de l'application de cette convention, la République d'Autriche ne reconnaîtra que celles parmi les institutions d'enseignement universitaire et d'éducation qui correspondent aux institutions autrichiennes équivalentes.»

Schweiz
bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Mai 1991

«Le Conseil fédéral suisse déclare que la compétence des cantons en matière d'éducation, telle qu'elle découle de la Constitution fédérale, et l'autonomie universitaire sont réservées quant à l'application de la convention.»

den Wortlaut des Übereinkommens im Einklang mit seinem Artikel 6 diesen Bildungseinrichtungen und den zuständigen Stellen und Vereinigungen übermitteln.

Es versteht sich, daß diese Erklärung keinen Vorbehalt darstellt."

(Übersetzung)

„Kanas Verfassung sieht eine bundesstaatliche Ordnung vor, in der die gesetzgebende Gewalt zwischen dem Bundesparlament und den gesetzgebenden Organen der Provinzen aufgeteilt ist.

Im Einklang mit ihrer ausschließlichen gesetzgebenden Gewalt im Bildungsbereich aufgrund der kanadischen Verfassung wird jede Provinz die Anwendung des Übereinkommens in ihrem Hoheitsgebiet sicherstellen. Nach Teil IV des Übereinkommens werden die Bundes- und die Provinzbehörden gemeinsam eine Kommission einsetzen, die als nationales Gremium tätig ist.

In Kanada trägt jede auf die Sekundarstufe folgende Einrichtung selbst die Verantwortung für die Entscheidung, welche Befähigungen sie für die Zulassung zu den verschiedenen Stufen des Studiums anerkennt. Die meisten Berufsstände sind unabhängig und kraft Gesetzes befugt, über die Anerkennung der in Kanada oder in anderen Ländern erworbenen Befähigungen zum Zweck der Berufszulassung oder der Erlaubnis, in Kanada einen Beruf auszuüben, zu entscheiden.

Diese Erklärung ist kein Vorbehalt."

(Übersetzung)

„Die Republik Österreich wird Zeugnisse, Studien, Diplome und Grade, die unter dieses Übereinkommen fallen, unter dem Vorbehalt anerkennen, daß die Anforderungen und Inhalte der ausländischen Studiengänge und Prüfungen den Anforderungen vergleichbarer österreichischer Studiengänge und Prüfungen entsprechen.

Bei der Anwendung dieses Übereinkommens wird die Republik Österreich nur die Hochschul- und Bildungseinrichtungen anerkennen, die gleichwertigen österreichischen Einrichtungen entsprechen."

(Übersetzung)

„Der schweizerische Bundesrat erklärt, daß hinsichtlich der Anwendung des Übereinkommens die Zuständigkeit der Kantone für das Bildungswesen, wie sie sich aus der Bundesverfassung ergibt, und die Hochschulautonomie vorbehalten bleiben.“

Vereinigtes Königreich
 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 22. Oktober 1985

(Übersetzung)

In the instrument, the United Kingdom Government declares that it ratifies the Convention "on behalf of:

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
 Bermuda
 British Virgin Islands
 Gibraltar
 Hong Kong
 Montserrat

and undertake faithfully to perform and carry out all the stipulations therein contained subject to the reservation that Article 7.1 will be taken to apply to all certificates, diplomas and degrees which are related to a course of study provided by a recognized institution. (For many institutions, including the Universities, there are no "competent approving authorities", the institutions exercising academic autonomy with the assistance of external examiners. In the case of other institutions, the award is made by a separate validating body.)"

In der Urkunde erklärt die Regierung des Vereinigten Königreichs, daß sie das Übereinkommen ratifiziert „für

das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
 Bermuda
 die Britischen Jungferninseln
 Gibraltar
 Hongkong
 Montserrat

und sich feierlich verpflichtet, alle darin enthaltenen Bestimmungen anzuwenden und durchzuführen, unter dem Vorbehalt, daß Artikel 7 Nummer 1 so ausgelegt wird, daß er auf alle Zeugnisse, Diplome und Grade Anwendung findet, die im Zusammenhang mit einem Studienkurs stehen, der von einer anerkannten Einrichtung angeboten wird. (Für viele Einrichtungen einschließlich der Universitäten gibt es keine „befugten Prüfungsbehörden“, so daß die Einrichtungen ihre akademische Selbständigkeit mit Hilfe externer Prüfer ausüben. Bei anderen Einrichtungen hingegen erfolgt die Zeugnisvergabe durch eine unabhängige Bewertungsstelle.)“

Bonn, den 13. Februar 1995

Auswärtiges Amt
 Im Auftrag
 Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des Zusatzprotokolls vom 29. September 1982
zu dem Übereinkommen über die vorübergehende zollfreie Einfuhr
von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial
zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke
in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens**

Vom 3. März 1995

Das am 1. Januar 1983 in Straßburg zur Annahme aufgelegte Zusatzprotokoll vom 29. September 1982 zu dem Übereinkommen vom 28. April 1960 über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens (BGBl. 1966 II S. 598) ist nach Artikel 2 Abs. 2 des Zusatzprotokolls

am 1. Januar 1985

für die Bundesrepublik Deutschland und die folgenden Staaten in Kraft getreten:

Belgien
Dänemark
Frankreich
Griechenland
Irland
Island
Italien
Luxemburg
Malta
Niederlande
Norwegen
Österreich
Portugal
Schweden
Schweiz
Spanien
Türkei
Vereinigtes Königreich
Zypern

Das Zusatzprotokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 3. März 1995

Bundesministerium für Gesundheit
Im Auftrag
Dr. Pabel

**Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen
über die vorübergehende zollfreie Einfuhr
von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial
zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke
in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens**

**Additional protocol to the Agreement
on the temporary importation, free of duty, of medical, surgical
and laboratory equipment for use on free loan in hospitals
and other medical institutions for purposes of diagnosis or treatment**

**Protocole additionnel à l'Accord
pour l'importation temporaire en franchise de douane,
à titre de prêt gratuit et à des fins diagnostiques ou thérapeutiques,
de matériel médico-chirurgical et de laboratoire destiné
aux établissements sanitaires**

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, Contracting Parties to the Agreement of 28 April 1960 on the temporary importation, free of duty, of medical, surgical and laboratory equipment for use on free loan in hospitals and other medical institutions for purposes of diagnosis or treatment (hereinafter called "the Agreement"),

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, Parties contractantes à l'Accord du 28 avril 1960 pour l'importation temporaire en franchise de douane, à titre de prêt gratuit et à des fins diagnostiques ou thérapeutiques, de matériel médico-chirurgical et de laboratoire destiné aux établissements sanitaires (ci-après dénommé «l'Accord»),

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die Vertragsparteien des Übereinkommens vom 28. April 1960 über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) sind –

Having regard to the provisions of Articles 1 and 2 of the Agreement, according to which such equipment shall, under certain conditions, benefit from a system of temporary importation free of duty;

Vu les dispositions des articles 1^{er} et 2 de l'Accord qui prévoient que ce type de matériel bénéficie, sous certaines conditions, d'un régime d'importation temporaire en franchise de douane;

gestützt auf die Artikel 1 und 2 des Übereinkommens, wonach für dieses Material unter bestimmten Umständen eine Regelung der vorübergehenden zollfreien Einfuhr gilt;

Considering that so far as the member States of the European Economic Community are concerned, the granting of such an exemption must in particular take account of the existence of the Common Customs Tariff established by these States and that any derogation from the Common Customs Tariff falls within the competence of the European Economic Community, which possesses the necessary powers in this respect by virtue of the Treaty which instituted it;

Considérant qu'en ce qui concerne les Etats membres de la Communauté Economique Européenne, l'octroi d'une telle franchise doit tenir compte notamment de l'existence du tarif douanier commun établi par ces Etats et que toute dérogation à ce tarif douanier commun relève de la compétence de la Communauté Economique Européenne qui dispose des pouvoirs nécessaires à cet effet en vertu du Traité qui l'a instituée;

in der Erwägung, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei der Gewährung einer solchen Befreiung insbesondere das Bestehen des Gemeinsamen Zollltarifs berücksichtigen müssen, der von diesen Staaten aufgestellt wurde, und daß jedes Abweichen von dem Gemeinsamen Zollltarif in die Zuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fällt, die nach dem Vertrag, durch den sie gegründet wurde, die hierzu erforderlichen Befugnisse besitzt;

Considering therefore that for the purposes of the implementation of Articles 1 and 2 of the Agreement, it is necessary for the European Economic Community to be able to become a Contracting Party to the Agreement,

Considérant dès lors que pour les besoins de l'application des articles 1^{er} et 2 de l'Accord, il importe que la Communauté Economique Européenne puisse être Partie contractante à l'Accord,

in der Erwägung, daß es zur Durchführung der Artikel 1 und 2 des Übereinkommens erforderlich ist, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Vertragspartei des Übereinkommens werden kann –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

The European Economic Community may become a Contracting Party to the Agreement by signing it. In respect of the Com-

Article 1

La Communauté Economique Européenne peut devenir Partie contractante à l'Accord par la signature de celui-ci.

Artikel 1

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kann Vertragspartei des Übereinkommens werden, indem sie es unter-

munity, the Agreement shall enter into force on the first day of the month following such signature.

Article 2

1. This Additional Protocol shall be open for acceptance by the Contracting Parties to the Agreement. It shall enter into force on the first day of the month following the date on which the last of the Contracting Parties has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

2. However, this Additional Protocol shall enter into force on the expiration of a period of two years from the date on which it has been opened for acceptance, unless one of the Contracting Parties has notified an objection to the entry into force. If such an objection has been notified, paragraph 1 of this Article shall apply.

Article 3

From the date of its entry into force, this Additional Protocol shall form an integral part of the Agreement. From that date, no State may become a Contracting Party to the Agreement without at the same time becoming a Contracting Party to the Additional Protocol.

Article 4

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, any State having acceded to the Agreement and the European Economic Community of any acceptance or objection made under Article 2 and of the date of entry into force of this Additional Protocol in accordance with Article 2.

The Secretary General shall also notify the European Economic Community of any act, notification or communication relating to the Agreement.

Done at Strasbourg, the 29th day of September 1982, in English and in French, and opened for acceptance the 1st day of January 1983. Both texts are equally authentic and shall be deposited in a single copy in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to any State invited to accede to the Agreement and to the European Economic Community.

L'Accord entrera en vigueur à l'égard de la Communauté le premier jour du mois suivant la signature.

Article 2

1. Le présent Protocole additionnel est ouvert à l'acceptation des Parties contractantes à l'Accord. Il entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la dernière des Parties contractantes aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Néanmoins, ce Protocole additionnel entrera en vigueur à l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date à laquelle il aura été ouvert à l'acceptation, sauf si une Partie contractante a notifié une objection à l'entrée en vigueur. Lorsqu'une telle objection a été notifiée, le paragraphe premier de cet article s'applique.

Article 3

Dès la date de son entrée en vigueur, le présent Protocole additionnel fera partie intégrante de l'Accord. A partir de cette date, aucun Etat ne pourra devenir Partie contractante à l'Accord sans devenir en même temps Partie contractante au Protocole additionnel.

Article 4

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat ayant adhéré à l'Accord et à la Communauté Economique Européenne, toute acceptation ou objection au sens de l'article 2 et la date d'entrée en vigueur du présent Protocole additionnel conformément à l'article 2.

Le Secrétaire Général notifiera aussi à la Communauté Economique Européenne tout acte, notification ou communication ayant trait à l'Accord.

Fait à Strasbourg, le 29 septembre 1982, en français et en anglais, et ouvert à l'acceptation le 1^{er} janvier 1983. Les deux textes font également foi et seront déposés en un seul exemplaire dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat invité à adhérer à l'Accord et à la Communauté Economique Européenne.

zeichnet. Das Übereinkommen tritt für die Gemeinschaft am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Unterzeichnung folgt.

Artikel 2

(1) Dieses Zusatzprotokoll liegt für die Vertragsparteien des Übereinkommens zur Annahme auf. Es tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die letzte der Vertragsparteien ihre Annahmeerkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(2) Dieses Zusatzprotokoll tritt jedoch nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem es zur Annahme aufgelegt wurde, sofern nicht eine der Vertragsparteien einen Einwand gegen sein Inkrafttreten notifiziert hat. Ist ein solcher Einwand notifiziert worden, so findet Absatz 1 Anwendung.

Artikel 3

Vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an ist dieses Zusatzprotokoll Bestandteil des Übereinkommens. Von diesem Zeitpunkt an kann ein Staat nicht Vertragspartei des Übereinkommens werden, ohne gleichzeitig Vertragspartei des Zusatzprotokolls zu werden.

Artikel 4

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, allen dem Übereinkommen beigetretenen Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jede Annahme bzw. jeden Einwand im Sinne des Artikels 2 sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Zusatzprotokolls nach Artikel 2.

Der Generalsekretär notifiziert der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch jede Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Geschehen zu Straßburg am 29. September 1982 in englischer und französischer Sprache und zur Annahme aufgelegt am 1. Januar 1983. Jeder Wortlaut ist gleichermaßen verbindlich und wird in einer Urschrift im Archiv des Europarats hinterlegt. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, allen zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beglaubigte Abschriften.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die vorübergehende zollfreie Einfuhr
von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial
zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke
in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens**

Vom 13. März 1995

Das Übereinkommen vom 28. April 1960 über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens (BGBl. 1966 II S. 598) nebst Zusatzprotokoll vom 29. September 1982 (BGBl. 1995 II S. 343) ist nach Artikel 1 des Zusatzprotokolls für die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft am 1. April 1987
in Kraft getreten

Das Vereinigte Königreich hat am 14. Mai 1993 gegenüber dem Generalsekretariat des Europarats erklärt, daß das Übereinkommen nebst Zusatzprotokoll auf die Insel Man Anwendung findet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. März 1995 (BGBl. II S. 343).

Bonn, den 13. März 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
Vom 27. März 1995**

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bulgarien am 14. September 1994
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Vorbehalte und Erklärungen:

(Übersetzung)

«Réserve relative à l'article 2:

La République de Bulgarie déclare qu'elle refusera l'entraide judiciaire dans les cas où:

- l'acte commis ne constitue pas une infraction en vertu de la loi pénale bulgare;
- l'auteur de l'infraction ne porte pas de responsabilité pénale pour raison d'amnistie;
- la responsabilité pénale ne peut pas être invoquée pour raison de prescription prévue par la loi;
- lorsqu'après avoir commis l'infraction, l'auteur a sombré dans un état de dépression mentale continue qui exclut la responsabilité pénale;
- lorsqu'à l'encontre de la même personne pour la même infraction il y a une procédure pénale en cours, un jugement exécutoire, un arrêté du procureur ou une décision exécutoire du tribunal mettant fin à la procédure.

Déclaration relative à l'article 5, paragraphe 1:

La République de Bulgarie déclare se réserver le droit de n'exécuter des commissions rogatoires aux fins de perquisition et de saisie d'objets qu'aux conditions stipulées aux alinéas a. et c. dudit article.

Déclaration relative à l'article 7, paragraphe 3:

La République de Bulgarie déclare que la citation à comparaître destinée à une personne poursuivie se trouvant sur son territoire devra être transmise aux autorités compétentes 50 jours au plus tard avant la date fixée pour la comparution de cette personne.

Réserve relative à l'article 13, paragraphe 1:

L'obligation d'obtention d'extraits du casier judiciaire inclut uniquement des renseignements relatifs aux affaires pénales en

„Vorbehalt zu Artikel 2

Die Republik Bulgarien erklärt, daß sie die Rechtshilfe verweigern wird, falls

- die begangene Handlung keine strafbare Handlung im Sinne des bulgarischen Strafrechts ist,
- der Straftäter wegen der Gewährung von Straffreiheit von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entbunden ist,
- eine Berufung auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen einer gesetzlich vorgesehenen Verjährung nicht möglich ist,
- der Straftäter nach Begehung der Straftat in einen Zustand anhaltender psychischer Depression verfallen ist, der eine strafrechtliche Verantwortlichkeit ausschließt,
- gegen dieselbe Person wegen derselben strafbaren Handlung ein Strafverfahren anhängig oder ein vollstreckbares Urteil, eine Verfügung des Staatsanwalts oder ein vollstreckbarer Gerichtsbeschuß, die das Verfahren beenden, ergangen ist.

Erklärung zu Artikel 5 Absatz 1

Die Republik Bulgarien erklärt, daß sie sich das Recht vorbehält, Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung und Beschlagnahme von Gegenständen nur unter den in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a und c aufgeführten Bedingungen zu erledigen.

Erklärung zu Artikel 7 Absatz 3

Die Republik Bulgarien erklärt, daß die Vorladung für einen Beschuldigten, der sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet, den zuständigen Behörden spätestens 50 Tage vor dem für das Erscheinen dieser Person festgesetzten Zeitpunkt übermittelt werden muß.

Vorbehalt zu Artikel 13 Absatz 1

Die Verpflichtung zur Übermittlung von Auszügen aus dem Strafregister umfaßt Auskünfte bezüglich anhängiger Strafsa-

suspens dans la mesure où ces renseignements ne constituent pas un secret d'Etat selon la législation bulgare.

Déclaration relative à l'article 15, paragraphe 6:

La République de Bulgarie déclare que les demandes d'entraide judiciaire et les commissions rogatoires doivent être adressées au Ministère de la Justice.

Déclaration relative à l'article 16, paragraphe 2:

La République de Bulgarie déclare qu'elle exigera que les demandes d'entraide judiciaire et les pièces annexes soient accompagnées d'une traduction dans l'une des langues officielles du Conseil de l'Europe.

Déclaration relative à l'article 24:

La République de Bulgarie déclare considérer comme des autorités judiciaires aux fins de la Convention les tribunaux, le Parquet et le Ministère de la Justice.*

Portugal

chen nur, soweit die betreffenden Angaben nach den bulgarischen Rechtsvorschriften kein Staatsgeheimnis darstellen.

Erklärung zu Artikel 15 Absatz 6

Die Republik Bulgarien erklärt, daß alle Rechtshilfeersuchen dem Justizministerium zu übermitteln sind.

Erklärung zu Artikel 16 Absatz 2

Die Republik Bulgarien erklärt, daß sie verlangen wird, daß den Rechtshilfeersuchen und den beigefügten Schriftstücken eine Übersetzung in eine der offiziellen Sprachen des Europarats beigelegt wird.

Erklärung zu Artikel 24

Die Republik Bulgarien erklärt, daß sie die Gerichte, die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium als Justizbehörden im Sinne des Übereinkommens betrachtet.*

am 26. Dezember 1994.

II.

Finnland hat dem Generalsekretariat des Europarats am 10. März 1994 die Rücknahme seiner bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eingelegten Vorbehalte und Erklärungen (vgl. Bekanntmachung vom 20. Mai 1981, BGBl. II S. 318) notifiziert und sie durch die folgenden Vorbehalte und Erklärungen ersetzt:

(Übersetzung)

„Reservations

„Vorbehalte

Article 2

Finland declares that judicial assistance may be refused:

- a. where the offence is one which is already subject to investigation in Finland or a third State;
- b. where the person who has been charged in the requesting State is on trial, or has been definitively convicted or acquitted either in Finland or in a third State;
- c. where the competent authorities in Finland or in a third State have decided to abandon the investigation or proceedings or not to initiate them for the offence in question;
- d. where the prosecution or enforcement of the sentence is time-barred under Finnish law.

Article 11

Finland declares that the assistance referred to in Article 11 cannot be given in Finland.

Declarations

Article 5

Finland declares that it will make the execution of letters rogatory for search or seizure of property referred to in Article 5

Artikel 2

Finland erklärt, daß Rechtsbeihilfe verweigert werden kann,

- a) wenn die strafbare Handlung bereits Gegenstand von Ermittlungen in Finnland oder einem Drittstaat ist;
- b) wenn der im ersuchenden Staat Beschuldigte in Finnland oder einem Drittstaat vor Gericht steht oder rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist;
- c) wenn die zuständigen Behörden in Finnland oder in einem Drittstaat entschieden haben, die Ermittlungen oder das Verfahren in bezug auf die fragliche strafbare Handlung zu beenden oder nicht einzuleiten;
- d) wenn die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung nach finnischem Recht durch Verjährung ausgeschlossen ist.

Artikel 11

Finland erklärt, daß die in Artikel 11 genannte Rechtshilfe in Finnland nicht geleistet werden kann.

Erklärungen

Artikel 5

Finland erklärt, daß es die in Artikel 5 genannte Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme

dependent on the conditions mentioned in sub-paragraph a and c of the said Article.

Article 7, paragraph 3

Finland declares that the service of summons on an accused person who is in Finland may be refused where the summons have not been transmitted to the competent Finnish authority at least 30 days prior to the date set for appearance.

Article 16, paragraph 1

Finland declares that the request and the annexed documents shall be drawn up in Finnish, Swedish, Danish or Norwegian or in English, French or German, or be accompanied by a translation into one of these languages.

Article 22

Finland declares that it will notify other Parties of the criminal convictions under Article 22 only as far as such information is available from the Criminal Register according to the Criminal Register Act of 20 August 1993 (770/93). Finland will not notify of measures taken subsequent to the conviction.

Article 24

Finland declares that for the purpose of the Convention the following are deemed to be judicial authorities in Finland:

- The Ministry of Justice,
- The Courts of First Instance (kärjäoikeus/tingsrätt), the Courts of Appeal (hovioikeus/hovrätt) and the Supreme Court (korkein oikeus/högsta domstolen),
- the public prosecutors,
- the police authorities, the customs authorities as well as the frontier guard officers in their capacity of preliminary criminal investigations authorities in criminal proceedings under the Preliminary Criminal Investigations Act of 30 April 1987 (449/87)."

me von Gegenständen von den unter den Buchstaben a und c dieses Artikels genannten Bedingungen abhängig machen wird.

Artikel 7 Absatz 3

Finnland erklärt, daß die Vorladung für einen Beschuldigten, der sich in Finnland befindet, abgelehnt werden kann, wenn sie der zuständigen finnischen Behörde nicht mindestens 30 Tage vor dem für das Erscheinen festgesetzten Zeitpunkt übermittelt wird.

Artikel 16 Absatz 1

Finnland erklärt, daß das Ersuchen und die beigefügten Schriftstücke in finnischer, schwedischer, dänischer oder norwegischer oder in englischer, französischer oder deutscher Sprache abgefaßt sein oder mit einer Übersetzung in eine dieser Sprachen übermittelt werden müssen.

Artikel 22

Finnland erklärt, daß es andere Parteien von strafrechtlichen Verurteilungen nach Artikel 22 nur benachrichtigen wird, soweit solche Nachrichten im Strafregister nach dem Strafregistergesetz (Criminal Register Act) vom 20. August 1993 (770/93) verfügbar sind. Finnland wird von der Verurteilung nachfolgenden Maßnahmen nicht benachrichtigen.

Artikel 24

Finnland erklärt, daß im Sinne dieses Übereinkommens folgende Behörden als Justizbehörden zu betrachten sind:

- das Justizministerium,
- die erstinstanzlichen Gerichte (kärjäoikeus/tingsrätt), die Berufungsgerichte (hovioikeus/hovrätt) und der Oberste Gerichtshof (korkein oikeus/högsta domstolen),
- die Staatsanwälte,
- die Polizeibehörden, die Zollbehörden sowie die Grenzschutzbeamten in ihrer Eigenschaft als Voruntersuchungsbehörden in Strafsachen nach dem Gesetz über die strafrechtliche Voruntersuchung (Preliminary Criminal Investigations Act) vom 30. April 1987 (449/87)."

III.

Norwegen hat dem Verwahrer am 24. Mai 1994 die Rücknahme seiner bei Unterzeichnung des Übereinkommens eingelegten Vorbehalte zu Artikel 3 Abs. 2, Artikel 13 Abs. 1 und Artikel 13 Abs. 1 und 2 des Übereinkommens notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 8. November 1976, BGBl. II S. 1799).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. April 1994 (BGBl. II S. 627).

Bonn, den 27. März 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens über die biologische Vielfalt**

Vom 31. März 1995

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. August 1993 zu dem Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 36 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 21. März 1994 in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde war am 21. Dezember 1993 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner am 29. Dezember 1993 in Kraft getreten für

Antigua und Barbuda

Armenien

Australien

Bahamas

Belarus

Burkina Faso

China

Cookinseln

Ecuador

Fidschi

Guinea

Japan

Kanada

Malediven

Marshallinseln

Mauritius

Mexiko

Monaco

Mongolei

Neuseeland

Norwegen

Papua-Neuguinea

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

„The Government of the Independent State of Papua New Guinea declares its understanding that ratification of the Convention shall in no way constitute a renunciation of any rights under International Law concerning State responsibility for the adverse effects of Biological Diversity as derogating from the principles of general International Law.“

„Die Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea erklärt, daß die Ratifikation des Übereinkommens nach ihrer Auffassung nicht den Verzicht auf völkerrechtliche Rechte betreffend die Verantwortung der Staaten für nachteilige Wirkungen der biologischen Vielfalt abweichend von den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts bedeutet.“

Peru

Sambia

Seychellen

St. Kitts und Nevis

St. Lucia

Tunesien

Uganda
Vanuatu

Das Abkommen ist weiterhin in Kraft getreten für

Ägypten	am	31. August 1994
Äthiopien	am	4. Juli 1994
Albanien	am	5. April 1994
Bangladesh	am	1. August 1994
Barbados	am	10. März 1994
Belize	am	30. März 1994
Brasilien	am	29. Mai 1994
Chile		

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

„The Government of Chile, on ratifying the Convention on Biological Diversity of 1992, wishes to place on record that the pine tree and other species that the country exploits as one of its forestry resources are considered exotic and are not taken to fall within the scope of the Convention.“

(Übersetzung) (Original: Spanish)

„Die Regierung von Chile gibt bei der Ratifikation des Übereinkommens von 1992 über die biologische Vielfalt zu Protokoll, daß die Kiefer und andere Arten, die Chile als eine seiner Waldressourcen nutzt, als nicht heimisch und als nicht in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallend betrachtet werden.“

Costa Rica	am	24. November 1994
Dänemark	am	21. März 1994
Dominica	am	5. Juli 1994
Dschibuti	am	30. November 1994
El Salvador	am	7. Dezember 1994
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	am	21. März 1994

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

„Within their respective competence, the European Community and its Member States wish to reaffirm the importance they attach to transfers of technology and to biotechnology in order to ensure the conservation and sustainable use of biological diversity. The compliance with intellectual property rights constitutes an essential element for the implementation of policies for technology transfer and co-investment.“

„Im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit bekräftigen die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Bedeutung, die sie der Weitergabe von Technologie und der Biotechnologie beimessen, um die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zu gewährleisten. Die Beachtung der Rechte des geistigen Eigentums stellt ein wesentliches Element für die Umsetzung der Politiken betreffend die Weitergabe von Technologie und die Koinvestition dar.“

For the European Community and its Member States, transfers of technology and access to biotechnology, as defined in the text of the Convention on Biological Diversity, will be carried out in accordance with Article 16 of the said Convention and in compliance with the principles and rules of protection of intellectual property, in particular multilateral and bilateral agreements signed or negotiated by the contracting parties to this Convention.

Für die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden die Weitergabe von Technologie und der Zugang zur Biotechnologie im Sinne des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Einklang mit dessen Artikel 16 und unter Einhaltung der Grundsätze und Regeln des Schutzes des geistigen Eigentums, insbesondere der von den Vertragsparteien des Übereinkommens unterzeichneten oder ausgehandelten mehrseitigen und zweiseitigen Übereinkünfte, erfolgen.

The European Community and its Member States will encourage the use of the financial mechanism established by the Convention to promote the voluntary transfer of intellectual property rights held by European operators, in particular as regards the granting of licences, through normal commercial mechanisms and decisions,

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden zur Inanspruchnahme des durch das Übereinkommen geschaffenen Finanzierungsmechanismus ermutigen, um die freiwillige Weitergabe von Rechten des geistigen Eigentums, die europäischen Unternehmern gehören, insbesondere hinsichtlich der Gewährung von

while ensuring adequate and effective protection of property rights."

Lizenzen, durch die üblichen Handelsmechanismen und -entscheidungen zu fördern, wobei ein angemessener und wirkungsvoller Schutz der Eigentumsrechte sichergestellt wird."

Gambia am 8. September 1994
Georgien am 31. August 1994

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

"The Republic of Georgia will use both means for dispute settlement referred to in the Convention:

„Die Republik Georgien wird beide in dem Übereinkommen genannten Mittel der Streitbeilegung anwenden,

1. Arbitral consideration in accordance with the procedure given in the enclosure II, Part 1.
2. Submitting of disputes to the International Court."

1. ein Schiedsverfahren nach dem in Anlage II Teil 1 festgelegten Verfahren;
2. Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof."

Ghana am 27. November 1994
Grenada am 9. November 1994
Griechenland am 2. November 1994
Guyana am 27. November 1994
Indien am 19. Mai 1994
Indonesien am 21. November 1994
Island am 11. Dezember 1994
Italien am 14. Juli 1994

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

"The Italian Government, when signing the Convention on biological diversity, declares its understanding that the decision to be taken by the Conference of the Parties under Article 21.1 of the Convention refers to the „amount of resources needed“ by the financial mechanism, not to the extent or nature and form of the contributions of the Contracting Parties."

„Die italienische Regierung erklärt bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, daß sich nach ihrem Verständnis der von der Konferenz der Vertragsparteien nach Artikel 21 Absatz 1 des Übereinkommens zu fassende Beschluß auf die „Höhe der“ vom Finanzierungsmechanismus „benötigten Beträge“ und nicht auf den Umfang oder die Art und Form der Beiträge der Vertragsparteien bezieht."

Jordanien am 10. Februar 1994
Kasachstan am 5. Dezember 1994
Kiribati am 14. November 1994
Komoren am 28. Dezember 1994
Kuba am 6. Juni 1994

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

(Übersetzung) (Original: Spanish)

"The Government of the Republic of Cuba declares, with respect to Article 27 of the Convention on Biological Diversity, that as far as the Republic of Cuba is concerned, disputes that arise between Parties concerning the interpretation or application of this international legal instrument shall be settled by negotiation through the diplomatic channel or, failing that, by arbitration in accordance with the procedure laid down in Annex II on arbitration of the Convention."

„Die Regierung der Republik Kuba erklärt zu Artikel 27 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, daß – soweit es die Republik Kuba betrifft – Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser völkerrechtlichen Übereinkunft durch Verhandlungen auf diplomatischem Weg oder, kommen diese nicht zustande oder scheitern sie, durch ein Schiedsverfahren nach dem in Anlage II des Übereinkommens über Schiedsverfahren festgelegten Verfahren beigelegt werden."

Luxemburg am 7. August 1994
Malawi am 3. Mai 1994

Nauru	am 9. Februar 1994
Nepal	am 21. Februar 1994
Niederlande	am 10. Oktober 1994
Nigeria	am 27. November 1994
Österreich	am 16. November 1994

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

“The Republic of Austria declares in accordance with Article 27 Paragraph 3 of the convention that it accepts both of the means of dispute settlement mentioned in this Paragraph as compulsory in relation to any Party accepting an obligation concerning one or both of these means of dispute settlement.”

„Die Republik Österreich erklärt im Einklang mit Artikel 27 Absatz 3 des Übereinkommens, daß sie beide in jenem Absatz genannten Mittel der Streitbeilegung gegenüber jeder Vertragspartei, die eine Verpflichtung in bezug auf eines dieser Mittel der Streitbeilegung oder beide übernimmt, als obligatorisch anerkennt.“

Paraguay	am 25. Mai 1994
Philippinen	am 6. Januar 1994
Portugal	am 21. März 1994
Rumänien	am 15. November 1994
Samoa	am 10. Mai 1994
Schweden	am 16. März 1994
Slowakei	am 24. November 1994
Spanien	am 21. März 1994
Sri Lanka	am 21. Juni 1994
Tschad	am 5. September 1994
Tschechische Republik	am 3. März 1994
Ungarn	am 25. Mai 1994
Uruguay	am 3. Februar 1994
Venezuela	am 12. Dezember 1994
Vereinigtes Königreich	am 1. September 1994

mit Erstreckung auf die Britischen Jungferninseln, Gibraltar, Jersey, Kaimaninseln, St. Helena und Nebengebiete und nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

“The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland declare their understanding that Article 3 of the Convention sets out a guiding principle to be taken into account in the implementation of the Convention.

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erklärt, daß nach ihrem Verständnis Artikel 3 des Übereinkommens einen leitenden Grundsatz festlegt, der bei der Durchführung des Übereinkommens zu berücksichtigen ist.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland also declare their understanding that the decisions to be taken by the Conference of the Parties under paragraph 1 of Article 21 concern “the amount of resources needed” by the financial mechanism, and that nothing in Article 20 or Article 21 authorises the Conference of the Parties to take decisions concerning the amount, nature, frequency or size of the contributions of the Parties under the Convention.”

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erklärt ferner, daß sich nach ihrem Verständnis die von der Konferenz der Vertragsparteien nach Artikel 21 Absatz 1 zu fassenden Beschlüsse auf die „Höhe der“ vom Finanzierungsmechanismus „benötigten Beträge“ beziehen und daß Artikel 20 oder Artikel 21 die Konferenz der Vertragsparteien nicht ermächtigt, Beschlüsse betreffend die Höhe, die Art, die Häufigkeit oder den Umfang der von den Vertragsparteien im Rahmen des Übereinkommens zu leistenden Beiträge zu fassen.“

Bonn, den 31. März 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen**

Vom 4. April 1995

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 für

Kirgisistan am 6. November 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Mai 1994 (BGBl. II S. 775).

Bonn, den 4. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial**

Vom 7. April 1995

Das Internationale Abkommen vom 7. November 1952 zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (BGBl. 1955 II S. 633) ist nach seinem Artikel XI für

Thailand am 30. Dezember 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Dezember 1994 (BGBl. 1995 II S. 81).

Bonn, den 7. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Organisation
für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

Vom 7. April 1995

Das Übereinkommen vom 14. Dezember 1960 über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – BGBl. 1961 II S. 1150 – ist nach seinem Artikel 16 für

Mexiko am 18. Mai 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Juli 1991 (BGBl. II S. 915).

Bonn, den 7. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 11. April 1995

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Samoa am 29. November 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Oktober 1994 (BGBl. II S. 3747).

Bonn, den 11. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erklärung des Ehewillens,
das Heiratsminderalter und die Registrierung von Eheschließungen
Vom 11. April 1995**

Das Übereinkommen vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsminderalter und die Registrierung von Eheschließungen (BGBl. 1969 II S. 161) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Simbabwe am 21. Februar 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. Januar 1995 (BGBl. II S. 202).

Bonn, den 11. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters
sowie des Protokolls zu diesem Abkommen
Vom 12. April 1995**

I.

Das Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für die

Russische Föderation am 7. Oktober 1994
in Kraft getreten.

II.

Das Protokoll vom 26. November 1976 zum Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1989 II S. 490) ist nach seinem Teil VIII Abs. 17 Buchstabe b für die

Russische Föderation am 7. April 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. November 1994 (BGBl. II S. 3861).

Bonn, den 12. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung des Internationalen Zentrums
für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen**

Vom 12. April 1995

Die Satzung des Internationalen Zentrums für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen vom 14. November 1974 (BGBl. 1983 II S. 706, 712) ist nach ihrem Artikel 2 für

Estland am 20. Dezember 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Januar 1995 (BGBl. II S. 88).

Bonn, den 12. April 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
der geänderten Fassung des Teils II
des Technischen Anhangs zum Protokoll vom 31. Oktober 1988
zu dem Übereinkommen von 1979
betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses**

Vom 26. April 1995

Das Exekutivorgan zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung hat auf seiner neunten Sitzung vom 18. bis 22. November 1991 eine geänderte Fassung des Technischen Anhangs zu dem Protokoll vom 31. Oktober 1988 (BGBl. 1990 II S. 1278) beschlossen. Die geänderte Fassung ist nach Artikel 11 Abs. 4 des Protokolls für Deutschland und alle übrigen Vertragsparteien

am 18. April 1992

in Kraft getreten. Die geänderte Fassung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Juni 1993 (BGBl. II S. 968).

Bonn, den 26. April 1995

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Dr. Schäfer

Teil II
des überarbeiteten Technischen Anhangs
zum Protokoll von Sofia von 1988
über Technologien zur Bekämpfung von NO_x-Emissionen aus Kraftfahrzeugen

Part II
of the Revised Technical Annex
to the 1988 Sofia Protocol
on Control Technologies for NO_xEmissions from Motor Vehicles

Partie II
de la version révisée de l'annexe technique
au Protocole de Sofia de 1988
sur les techniques de lutte
contre les émissions d'oxydes d'azote provenant des véhicules automobiles

(Übersetzung)

Introduction

1. This annex is based on information on emission-control performance and costs contained in the official documentation of the Executive Body and its subsidiary bodies; in the report on Mobile Source NO_x Emissions: Sources and Control Options, prepared for the Working Party on Air Pollution Problems; in the documentation of the ECE Inland Transport Committee and its subsidiary bodies and on supplementary information provided by governmentally designated experts.

2. The regular elaboration and amendment of this annex will be necessary in the light of continuously expanding experience with new vehicles incorporating low-emission technology and the development of alternative fuels, as well as with retrofitting, where appropriate, and other strategies for existing vehicles. The annex cannot be an exhaustive statement of technical options; its aim is to provide guidance to Parties in identifying economically feasible technologies for fulfilling their obligations under the Protocol.

Major NO_x emitters from mobile sources

3. Primary mobile sources of anthropogenic NO_x emissions include:

On-road vehicles:

- (a) Petrol-fuelled and diesel-fuelled passenger cars;
- (b) Light-duty vehicles;
- (c) Heavy-duty vehicles;

Introduction

1. La présente annexe est fondée sur les renseignements concernant l'efficacité et le coût des moyens de lutte contre les émissions qui figurent dans la documentation officielle de l'Organe exécutif et de ses organes subsidiaires, dans le rapport sur les émissions de NO_x provenant de sources mobiles: sources et moyens de lutte, établi à l'intention du Groupe de travail des problèmes de la pollution de l'air, et dans la documentation du Comité des transports intérieurs de la CEE et de ses organes subsidiaires, ainsi que sur des données supplémentaires fournies par les experts désignés par les gouvernements.

2. Le contenu de cette annexe devra être complété et modifié régulièrement compte tenu de l'enrichissement constant de l'expérience acquise en ce qui concerne les nouveaux véhicules utilisant des techniques peu polluantes et la mise au point de carburants de remplacement, ainsi que les mesures éventuelles d'adaptation des véhicules en service aux normes antipollution et les autres mesures s'appliquant à ces véhicules. Elle n'est pas un exposé exhaustif des options techniques, mais elle doit aider les Parties à trouver des techniques économiquement viables pour leur permettre de remplir les obligations qui leur incombent en vertu du Protocole.

Principales sources mobiles d'émission de NO_x

3. Les principales sources mobiles d'émissions anthropiques de NO_x sont:

Les véhicules routiers:

- a) voitures particulières à essence et à carburant diesel;
- b) véhicules utilitaires légers;
- c) véhicules utilitaires lourds;

Einleitung

1. Dieser Anhang beruht auf Angaben über die Ergebnisse und Kosten der Emissionsbekämpfung, die in den offiziellen Unterlagen des Exekutivorgans und seiner Nebenorgane, in dem für die Arbeitsgruppe Luftreinhaltungsprobleme ausgearbeiteten Bericht „NO_x-Emissionen aus beweglichen Quellen – Quellen und Bekämpfungsmöglichkeiten“ und in den Unterlagen des ECE-Binnenverkehrsausschusses und seiner Nebenorgane enthalten sind, sowie auf zusätzlichen Angaben, die von den durch die Regierungen bestellten Sachverständigen zur Verfügung gestellt wurden.

2. Da sich fortlaufend neue Erfahrungen mit neuen Fahrzeugen, die mit emissionsarmer Technologie ausgestattet sind, und mit der Entwicklung alternativer Treibstoffe sowie mit der Nachrüstung und anderen Strategien für vorhandene Fahrzeuge ergeben, wird es notwendig sein, diesen Anhang in regelmäßigen Abständen zu überarbeiten und zu ändern. Der Anhang kann keine erschöpfende Auskunft über technische Möglichkeiten geben; er soll den Vertragsparteien vielmehr eine Orientierungshilfe bei der Erkennung wirtschaftlich vertretbarer Technologien geben, damit sie ihre Verpflichtungen aus dem Protokoll erfüllen können.

Hauptverursacher von NO_x-Emissionen aus beweglichen Quellen

3. Zu den hauptsächlich beweglichen Quellen der anthropogenen NO_x-Emissionen gehören folgende:

Straßenfahrzeuge:

- a) benzinbetriebene und dieselbetriebene Personenkraftwagen;
- b) leichte Nutzfahrzeuge;
- c) schwere Nutzfahrzeuge;

(d) Motor cycles;	d) motocycles;	d) Motorräder;
(e) Mopeds.	e) cyclomoteurs.	e) Mopeds.
Off-road vehicles:	Les véhicules tout terrain:	Geländefahrzeuge
Agricultural, industrial and construction machinery.	engins agricoles, industriels et de construction.	Landwirtschafts-, Industrie- und Baumaschinen.
Other mobile sources:	Les autres sources mobiles:	Sonstige bewegliche Quellen:
(a) Rail transport;	a) transports ferroviaires;	a) Schienenverkehr;
(b) Ships and other marine craft;	b) bateaux, navires et autres bâtiments de mer;	b) Schiffe und sonstige Wasserfahrzeuge;
(c) Aircraft.	c) aéronefs.	c) Luftfahrzeuge.
4. Road transport is a major source of anthropogenic NO _x emissions in many countries of the Economic Commission for Europe (ECE), contributing up to two thirds of total national emissions. Typically, current uncontrolled petrol-fuelled vehicles contribute up to two thirds of total road transport NO _x emissions in countries with no previous emission control.	4. Les transports routiers sont une source importante d'émissions anthropiques de NO _x dans beaucoup de pays de la Commission économique pour l'Europe (CEE): ils représentent jusqu'aux deux tiers du total des émissions dans ces pays. En règle générale, les véhicules à essence actuels non équipés d'un dispositif antipollution représentent jusqu'aux deux tiers du total des émissions de NO _x dues aux transports routiers dans les pays où les mesures antipollution sont d'application récente.	4. Der Straßenverkehr ist eine der wesentlichen Quellen der anthropogenen NO _x -Emissionen in vielen Ländern der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE); der Anteil an den Gesamtemissionen der jeweiligen Länder beträgt bis zu zwei Drittel. In Ländern ohne vorherige Emissionsbekämpfung verursachen benzinbetriebene Kraftfahrzeuge, die keiner Maßnahme zur Emissionsbegrenzung unterliegen, gegenwärtig normalerweise bis zu zwei Drittel sämtlicher im Straßenverkehr erzeugter NO _x -Emissionen.
5. Many countries have enacted regulations that limit the emission of pollutants from road vehicles. For off-road vehicles, rail, ships and other marine craft, agricultural, industrial and construction machinery, no NO _x emission standards have been enacted by any ECE country. NO _x emissions from these other sources may be substantial.	5. Beaucoup de pays ont adopté des règlements qui limitent les émissions de polluants des véhicules routiers. En ce qui concerne les véhicules tout terrain, les transports ferroviaires, les bateaux, navires et autres bâtiments de mer, les engins agricoles, industriels et de constructions, aucun pays de la CEE n'a adopté de norme d'émission pour les NO _x . Les émissions de NO _x provenant de ces autres sources peuvent être considérables.	5. Viele Länder haben Vorschriften erlassen, welche die Emissionen verunreinigender Stoffe aus Kraftfahrzeugen begrenzen. Für Geländefahrzeuge, Schienenfahrzeuge, Schiffe und sonstige Wasserfahrzeuge sowie für Landwirtschafts-, Industrie- und Baumaschinen hat noch kein ECE-Land NO _x -Emissionsgrenzwerte. Die NO _x -Emissionen aus diesen anderen Quellen können jedoch beträchtlich sein.
Until other data become available this annex concentrates on on-road vehicles only.	Dans l'attente d'autres données, la présente annexe portera uniquement sur les véhicules routiers.	Bis andere Daten zur Verfügung stehen, befaßt sich dieser Anhang nur mit Straßenfahrzeugen.
General aspects of control technology for NO_x emissions from on-road vehicles	Aspects généraux des techniques de lutte contre les émissions de NO_x provenant de véhicules routiers	Allgemeine Aspekte der Technologie zur Bekämpfung von NO_x-Emissionen aus Straßenfahrzeugen
6. The road vehicles considered in this annex are passenger cars, light-duty vehicles, motor cycles, mopeds and heavy-duty vehicles.	6. Les véhicules routiers visés dans la présente annexe sont les voitures particulières, les véhicules utilitaires légers, les motocycles, les cyclomoteurs et les véhicules utilitaires lourds.	6. Die in diesem Anhang untersuchten Straßenfahrzeuge sind Personenkraftwagen, leichte Nutzfahrzeuge, Motorräder, Mopeds und schwere Nutzfahrzeuge.
7. This annex deals with both new and in-use vehicles, with attention primarily focused on NO _x emission control for new vehicle types.	7. La présente annexe concerne aussi bien les nouveaux véhicules que les véhicules en service, l'accent étant mis principalement sur la lutte contre les émissions de NO _x pour les nouveaux types de véhicule.	7. Dieser Anhang befaßt sich sowohl mit neuen als auch mit bereits im Verkehr befindlichen Fahrzeugen, wobei das Hauptaugenmerk der Bekämpfung von NO _x -Emissionen aus neuen Fahrzeugtypen gilt.
8. Cost figures for the various technologies given are manufacturing cost estimates rather than retail prices.	8. Les coûts indiqués pour les diverses techniques sont des estimations du coût de fabrication et non des prix de détail.	8. Die hier angegebenen Kosten für die verschiedenen Technologien sind eher geschätzte Herstellungskosten als Einzelhandelspreise.
9. It is important to ensure that new-vehicle emission standards are maintained in service. This can be done through inspection and maintenance programmes, ensuring conformity of production, full useful-life durability, warranty of emission-control components, and recall of defective vehicles.	9. Il importe de veiller à ce que les normes d'émission des nouveaux véhicules soient maintenues en cours d'utilisation. Il convient pour cela d'appliquer des programmes de visites et d'entretien, d'assurer la conformité de la production ainsi que la longévité, de garantir les éléments des dispositifs antipollution et de procéder au rappel des véhicules défectueux.	9. Es ist wichtig, sicherzustellen, daß die Emissionsgrenzwerte für neue Fahrzeuge auch im Betrieb eingehalten werden. Dies kann durch Inspektions- und Wartungsprogramme und dadurch geschehen, daß die Übereinstimmung der Produktion, die Haltbarkeit während der gesamten Lebensdauer, die Übernahme einer Garantie für die emissionsbegrenzenden Bauteile und der Rückruf mangelhafter Fahrzeuge gewährleistet werden.

10. Fiscal incentives can encourage the accelerated introduction of desirable technology. Retrofit is of limited benefit for NO_x reduction, and may be difficult to apply to more than a small percentage of the vehicle fleet.

11. Technologies that incorporate catalytic converters require the use of unleaded fuel, which should be made generally available.

12. The management of urban and long-distance traffic, though not elaborated in this annex, is important as an efficient additional approach to reducing NO_x emissions. Measures to reduce NO_x emissions and other air pollutants may include enforcement of speed limits and efficient traffic management. Key measures for traffic management aim at changing the modal split through tactical, structural, financial and restrictive elements. They will also be beneficial for the other harmful effects of traffic expansion such as noise, congestion, etc.

13. Measures to reduce NO_x emissions, especially for diesel-fuelled engines, should take into account possible reverse effects on the emission of carbon monoxide, carbon dioxide and particles, and the need to meet limits for these substances.

Control technologies for NO_x emissions from road vehicles

a) Petrol- and diesel-fuelled passenger cars and light-duty vehicles

14. The main technologies for controlling NO_x emissions are listed in table 1.

15. The basis for comparison in table 1 is technology option B, representing non-catalytic technology designed in response to the requirements of the United States for 1973/74 or of ECE regulation 15-04*) pursuant to the 1958 Agreement concerning the Adoption of Uniform Conditions of Approval and Reciprocal Recognition of Approval for Motor Vehicles Equipment and Parts. The table also presents typical emission levels for open- and closed-loop catalytic control as well as their cost.

16. The "uncontrolled" level (A) in table 1 refers to the 1970 situation in the ECE region, but may still prevail in certain areas.

10. On peut encourager par des avantages fiscaux une application plus rapide des techniques souhaitables. L'adaptation antipollution est d'un intérêt limité pour la réduction des émissions de NO_x et pourrait être difficile à appliquer à un pourcentage significatif du parc de véhicules.

11. Les techniques qui impliquent l'utilisation de convertisseurs catalytiques exigent du carburant sans plomb, que l'on devrait pouvoir se procurer partout.

12. Même si elle n'est pas absorbée en détail dans la présente annexe, la question de la régulation de la circulation urbaine et de la circulation à longue distance est importante en tant que moyen supplémentaire efficace pour réduire les émissions de NO_x. Parmi les mesures de lutte contre les émissions de NO_x et d'autres polluants atmosphériques pourraient figurer des limitations de vitesse et une régulation efficace de la circulation. Les mesures essentielles de régulation de la circulation visent à modifier la répartition modale par le jeu d'éléments tactiques, structurels, financiers et restrictifs. Elles sont également efficaces pour lutter contre les autres effets nocifs de l'accroissement de la circulation, comme le bruit et les encombrements, par exemple.

13. Les mesures visant à réduire les émissions de NO_x, en particulier pour les moteurs à carburant diesel, devraient tenir compte des effets inverses éventuels sur l'émission de monoxyde de carbone, de dioxyde de carbone et de particules, ainsi que de la nécessité de respecter les limites fixées pour ces matières.

Techniques de lutte contre les émissions de NO_x provenant de véhicules routiers

a) Voitures particulières et véhicules utilitaires légers à essence et à carburant diesel

14. Les principales techniques de lutte contre les émissions de NO_x sont indiquées au tableau 1.

15. La base de comparaison du tableau 1 est l'option technique B, représentant la technique sans convertisseur catalytique conçue pour répondre aux prescriptions des Etats-Unis pour 1973/1974 ou à celles du Règlement de la CEE 15-04*) adopté conformément à l'Accord de 1958 concernant l'adoption de conditions uniformes d'homologation et la reconnaissance réciproque de l'homologation des équipements et pièces de véhicules à moteur. Ce tableau indique également les niveaux d'émission caractéristiques des techniques de lutte utilisant des catalyseurs à boucle ouverte et à boucle fermée, ainsi que le coût de ces techniques.

16. Le niveau A du tableau 1, «Véhicules non équipés d'un dispositif antipollution», correspond à la situation qui existait en 1970 dans la région de la CEE, mais il est possible qu'il prédomine encore dans certaines zones.

10. Steueranreize können die beschleunigte Einführung der gewünschten Technologie fördern. Die Nachrüstung ist für die NO_x-Verringerung nur von begrenztem Nutzen und dürfte nur auf einen geringen Anteil der Fahrzeugflotte anwendbar sein.

11. Technologien, die den Einsatz von Katalysatoren vorsehen, erfordern die Verwendung unverbleiten Kraftstoffs, der überall verfügbar sein sollte.

12. Die Beeinflussung des innerstädtischen und des Fernverkehrs ist als wirksames zusätzliches Mittel zur Verringerung von NO_x-Emissionen wichtig, auch wenn in diesem Anhang nicht näher darauf eingegangen wird. Maßnahmen zur Verringerung von NO_x-Emissionen und anderen luftverunreinigenden Stoffen können die Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen und eine wirksame Verkehrsbeeinflussung umfassen. Die wichtigsten verkehrsbeeinflussenden Maßnahmen haben die Verlagerung der Aufteilung auf die verschiedenen Verkehrsarten (modal split) durch taktische, strukturelle, finanzielle und restriktive Mittel zum Ziel. Sie werden sich auch auf die anderen schädlichen Auswirkungen des zunehmenden Verkehrsaufkommens wie Lärm, Stau usw. positiv auswirken.

13. Bei den Maßnahmen zur Verringerung von NO_x-Emissionen, insbesondere bei dieselbetriebenen Motoren, sollen gegenteilige Auswirkungen auf die Emission von Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und Partikeln sowie die Notwendigkeit berücksichtigt werden, die Grenzwerte für diese Stoffe einzuhalten.

Technologien zur Bekämpfung von NO_x-Emissionen aus Straßenfahrzeugen

a) Benzin- und dieselbetriebene Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge

14. Die wichtigsten Technologien zur Bekämpfung von NO_x-Emissionen sind in Tabelle 1 aufgeführt.

15. Vergleichsgrundlage in Tabelle 1 ist die Technologieoption B, die eine Technologie ohne Verwendung von Katalysatoren darstellt, welche aufgrund der Vorschriften der Vereinigten Staaten für 1973/74 bzw. der ECE-Regelung 15-04*) in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen von 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung konzipiert wurde. In der Tabelle sind auch die normalen Emissionswerte für unregelmäßige und geregelte Katalysatoren sowie deren Kosten angegeben.

16. Die Werte „ohne Emissionsverringerung“ in Abschnitt A in Tabelle 1 beziehen sich auf die Lage in der ECE-Region im Jahr 1970, können aber in bestimmten Gebieten auch heute noch zutreffen.

*) Replaced by Regulation No. 83.

*) Remplacé par le Règlement No 83.

*) Ersetzt durch Regelung Nr. 83.

17. The emission level in table 1 reflects emissions measured using standard test procedures. Emissions from vehicles on the road may differ because of the effect of, *inter alia*, ambient temperature, operating conditions (especially at higher speed), fuel properties and maintenance. However, the reduction potential indicated in table 1 is considered representative of reductions achievable in use.

18. The most efficient currently available technology for NO_x reduction is option E. This technology achieves large reductions of NO_x, volatile organic compounds (VOC), and CO emissions.

19. In response to regulatory programmes for further NO_x emission reductions (e. g. low-emission vehicles in California), advanced closed-loop three-way catalyst systems are being developed (option F). These improvements will focus on engine management, very precise control of air-fuel ratio, heavier catalyst loading, on-board diagnostic systems (OBD) and other advanced control measures. Additional reductions may be achieved through the use of alternative fuels (e. g. CNG, LPG or oxygenated fuels – methanol or ethanol), as well as reformulated gasoline (petrol). The amount of additional reductions achieved through the use of these fuels will depend somewhat on operating conditions, maintenance and the other factors mentioned in paragraph 17 above, just as in the case of current fuels.

(b) Motor cycles and mopeds

20. Although actual NO_x emissions of motor cycles and mopeds are very low (e. g. with two-stroke engines), their NO_x emissions should be considered. While VOC emissions of these vehicles are going to be limited by many Parties to the Convention, their NO_x emissions may increase (e. g. with four-stroke engines). Generally the same technology options as described for petrol-fuelled passenger cars are applicable. In Austria and Switzerland, strict NO_x emission standards are already implemented.

(c) Heavy-duty diesel-fuelled vehicles

21. In table 2 four technology options are summarized. The baseline engine configuration is the naturally aspirated engine. The trend is towards turbocharged engines. This trend has implications for improved baseline fuel consumption performance. Comparative estimates of consumption are therefore not included. The corresponding

17. Les niveaux d'émission indiqués au tableau 1 sont ceux qui ont été mesurés au cours des essais normalisés. Les émissions provenant des véhicules sur route peuvent s'en écarter en raison de l'effet, notamment, de la température ambiante, des conditions de marche (en particulier à vitesse élevée), des caractéristiques du carburant et de l'entretien. Cependant, le potentiel de réduction indiqué au tableau 1 est considéré comme représentatif des réductions auxquelles on peut arriver dans la pratique.

18. La technique actuellement la plus efficace pour réduire les émissions de NO_x est l'option E. Elle permet de réduire les émissions de NO_x, de composés organiques volatils (COV) et de CO dans des proportions importantes.

19. En application des programmes de réglementation visant à réduire davantage encore les émissions de NO_x (exemple: les véhicules californiens à faible taux d'émission), des versions améliorées de convertisseurs catalytiques à trois voies à boucle fermée (option F) sont en cours de mise au point. Ces améliorations porteront essentiellement sur la gestion du moteur, une régulation très précise du mélange air-carburant, l'augmentation de la charge catalytique, l'installation de système de diagnostic à bord et d'autres dispositifs antipollution perfectionnés. Des réductions supplémentaires pourraient être obtenues par l'emploi de carburants de remplacement (par exemple GNC, GPL, ou carburants oxygénés: méthanol et éthanol), ou de carburants à base d'essence de composition modifiée. L'importance des nouvelles réductions ainsi réalisées serait dans une certaine mesure fonction des conditions de fonctionnement, de l'entretien et des autres facteurs mentionnés au paragraphe 17, comme dans le cas des carburants actuels.

b) Motocycles et cyclomoteurs

20. Même si les émissions effectives de NO_x des motocycles et des cyclomoteurs sont très faibles (avec les moteurs à deux temps par exemple), il faut en tenir compte. Bon nombre de Parties à la Convention vont limiter les émissions de COV de ces véhicules, mais leurs émissions de NO_x pourraient augmenter (avec les moteurs à quatre temps par exemple). En général, les techniques décrites pour les voitures particulières à essence sont également applicables à ces véhicules. L'Autriche et la Suisse appliquent déjà des normes sévères en ce qui concerne les émissions de NO_x.

c) Véhicules utilitaires lourds à carburant diesel

21. Quatre techniques possibles sont résumées au tableau 2. Le moteur de référence est le moteur atmosphérique. On a tendance à remplacer celui-ci par des moteurs à turbocompresseur. Cette tendance a des incidences sur l'amélioration de la consommation de carburant de référence. Aucune estimation comparative de la consommation

17. Die Emissionswerte in Tabelle 1 geben Emissionen an, die mit Standardtestverfahren gemessen wurden. Emissionen aus Fahrzeugen auf der Straße können Abweichungen aufweisen, unter anderem aufgrund der Umgebungstemperatur, der Betriebsbedingungen (insbesondere bei höherer Geschwindigkeit), der Kraftstoffeigenschaften und der Wartung der Fahrzeuge. Das in Tabelle 1 angegebene Verringerungspotential wird jedoch als repräsentativ für die im Betrieb erreichbaren Verringerungen angesehen.

18. Die wirksamste gegenwärtig verfügbare Technologie zur NO_x-Verringerung ist in Option E enthalten. Durch diese Technologie wird eine starke Verringerung der Emissionen von NO_x, flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) und CO erreicht.

19. Aufgrund der Reglementierungsprogramme zur weiteren Verringerung der NO_x-Emissionen (z. B. emissionsarme Fahrzeuge in Kalifornien) werden verfeinerte geregelte Dreiwegkatalysatoren entwickelt (Option F). Diese Verbesserungen konzentrieren sich auf die Motorsteuerung, sehr genaue Regelung des Luft-Kraftstoff-Verhältnisses, leistungsstärkere Katalysatoren, Diagnosesysteme im Fahrzeug sowie andere fortschrittliche Regelungsmaßnahmen. Zusätzliche Verringerungen können durch die Verwendung alternativer Kraftstoffe erzielt werden (z. B. komprimiertes Erdgas [CNG], Flüssiggas [LPG] oder mit Sauerstoff angereicherte Kraftstoffe – Methanol oder Ethanol) sowie durch eine Verbesserung der Benzinqualität (reformulated gasoline). Der Umfang der durch Verwendung dieser Kraftstoffe erzielten zusätzlichen Verringerungen hängt, ebenso wie im Fall der gegenwärtig verwendeten Kraftstoffe, in gewisser Weise von den Betriebsbedingungen, der Wartung und den anderen unter Nummer 17 genannten Faktoren ab.

b) Motorräder und Mopeds

20. Obgleich die NO_x-Emissionen aus Motorrädern und Mopeds derzeit sehr gering sind (z. B. bei Zweitaktmotoren), sollen ihre NO_x-Emissionen dennoch geprüft werden. Während die VOC-Emissionen aus diesen Fahrzeugen von vielen Vertragsparteien des Übereinkommens begrenzt werden, können ihre NO_x-Emissionen noch zunehmen (z. B. bei Viertaktmotoren). Im allgemeinen werden dieselben Technologieoptionen angewendet, die für benzinbetriebene Personenkraftwagen beschrieben sind. In Österreich und der Schweiz gelten bereits strenge Grenzwerte für NO_x-Emissionen.

c) Schwere Nutzfahrzeuge mit Dieselmotor

21. In Tabelle 2 sind vier Technologieoptionen angegeben. Die grundlegende Motorstruktur ist der Motor ohne Aufladung. Der Trend geht zum Turbolader. Dieser Trend wirkt sich auch auf einen wirtschaftlicheren Kraftstoffverbrauch aus. Aus diesem Grund sind an dieser Stelle keine vergleichenden Schätzungen des Kraftstoffverbrauchs an-

changes of particulate emissions have to be considered.

n'est donc donnée ici. Les modifications correspondantes des émissions de particules doivent être prises en considération.

gegeben. Die entsprechenden Änderungen bei den Partikelemissionen müssen geprüft werden.

Control techniques for in-use vehicles

Techniques antipollution pour les véhicules en circulation

Technologien zur Bekämpfung der Emissionen aus den im Verkehr befindlichen Fahrzeugen

(a) Full useful life, recall and warranties

a) Longévité, rappel et garanties

a) Gesamte Lebensdauer, Rückruf und Übernahme von Garantien

22. To promote durable emission-control systems, consideration should be given to emission standards that may not be exceeded for the "full useful life" of the vehicle. Surveillance programmes are needed to enforce this requirement. Under such programmes, manufacturers may be made responsible for recalling vehicles that fail to meet the required standards. They may also be required to provide warranties for emission-control components.

22. Afin de garantir l'efficacité durable des mesures de lutte contre les émissions, on devra veiller à ce que les normes d'émissions ne puissent pas être dépassées pendant toute la durée d'utilisation du véhicule. Il faudra donc mettre en oeuvre des programmes de surveillance. Dans le cadre de ces programmes, les constructeurs pourront être obligés de rappeler les véhicules qui ne satisfont pas aux normes prescrites. Ils pourront aussi avoir à garantir les éléments de l'équipement antipollution du véhicule.

22. Zur Förderung dauerhafter Systeme zur Emissionsbekämpfung sollen Emissionsgrenzwerte geprüft werden, die während der „gesamten Lebensdauer“ des Fahrzeugs nicht überschritten werden dürfen. Zur Durchsetzung dieser Forderung sind Überwachungsprogramme notwendig. Im Rahmen dieser Programme können die Hersteller dazu verpflichtet werden, Fahrzeuge zurückzurufen, welche die verlangten Grenzwerte nicht erfüllen. Es kann auch von ihnen verlangt werden, für die emissionsbegrenzenden Bauteile Garantien zu übernehmen.

23. New vehicles shall not be equipped with devices which reduce the efficiency or switch off the emission-control systems during any operating conditions except conditions which are indispensable for trouble-free running (e. g. cold start).

23. Les nouveaux véhicules ne doivent pas être équipés de dispositifs qui réduiraient l'efficacité des systèmes antiémission ou les empêcheraient de fonctionner dans n'importe quelles conditions, à l'exception des conditions indispensables pour assurer un fonctionnement sans problème (démarrage à froid, par exemple).

23. Neue Fahrzeuge dürfen nicht mit Vorrichtungen ausgestattet werden, welche die Wirksamkeit des Systems zur Emissionsbekämpfung unter irgendwelchen Betriebsbedingungen herabsetzen oder abschalten, ausgenommen Bedingungen, die für den störungsfreien Betrieb unerlässlich sind (z. B. Kaltstart).

(b) Inspection and maintenance

b) Visites et entretien

b) Inspektion und Wartung

24. The inspection and maintenance programme has an important secondary function. It may encourage regular maintenance and discourage vehicle owners from tampering with or disabling the emission controls, both through direct enforcement and public information. Inspection should ensure that vehicles are not equipped with devices that reduce the efficiency or disable emission-control systems during operation. It should also ensure that emission-control systems have not been removed to achieve performance benefits at the expense of emissions.

24. Le programme de visites et d'entretien remplit une fonction secondaire importante. Tant par son application directe que par l'information, il peut encourager un entretien régulier et dissuader les propriétaires de véhicules d'altérer ou de neutraliser les dispositifs antiémission. La visite devrait permettre de s'assurer que les véhicules ne sont pas équipés de dispositifs susceptibles de réduire l'efficacité des systèmes de limitation des émissions ou de les empêcher de fonctionner pendant la marche du véhicule. Elle devrait aussi permettre de vérifier que les systèmes en question n'ont pas été enlevés pour améliorer les performances du véhicule au prix d'une augmentation des émissions.

24. Dem Inspektions- und Wartungsprogramm kommt eine wichtige sekundäre Aufgabe zu. Durch unmittelbare Durchsetzung und Unterrichtung der Öffentlichkeit kann es eine regelmäßige Wartung begünstigen und die Fahrzeugeigner davon abhalten, am System zur Emissionsbekämpfung Manipulationen vorzunehmen oder dieses auszuschalten. Die Inspektion soll sicherstellen, daß die Fahrzeuge nicht mit Vorrichtungen ausgerüstet sind, welche die Wirksamkeit des Systems zur Emissionsbekämpfung während des Betriebs des Fahrzeugs herabsetzen oder das System ausschalten. Sie soll ferner sicherstellen, daß die Systeme zur Emissionsbekämpfung nicht entfernt worden sind, um die Leistung des Fahrzeugs auf Kosten des Emissionsausstoßes zu verbessern.

25. Improved monitoring of emission control performance can be achieved by on-board diagnostic systems which monitor the functioning of emission-control components, store fault codes for further interrogation and warn the driver in the event of malfunction. For such vehicles, tailpipe emissions testing may not be sufficient and more sophisticated tests (e. g. dynamometer) may be necessary to assure proper functioning.

25. On peut assurer une meilleure surveillance de l'efficacité des dispositifs de réduction des émissions en installant à bord des véhicules des systèmes de diagnostic qui suivent le fonctionnement des différents éléments de ces dispositifs, emmagasinent des indications codées des défaillances aux fins d'interrogation plus poussée et avertissent le conducteur en cas de mauvais fonctionnement. En ce qui concerne ces véhicules, le simple contrôle des émissions à l'échappement pourra être insuffisant et il pourra être nécessaire d'adopter des méthodes d'épreuves plus poussées (telles qu'essais sur banc à dynamomètre) pour contrôler le fonctionnement des dispositifs.

25. Eine bessere Überwachung der Wirksamkeit des Systems zur Emissionsbekämpfung kann durch Diagnosesysteme im Fahrzeug erreicht werden, welche die Funktionsfähigkeit emissionsbegrenzender Bauteile überwachen, Fehlercodes für eine weitere Untersuchung speichern und dem Fahrer eine Störung anzeigen. Bei solchen Fahrzeugen kann eine Untersuchung der Auspuffemissionen möglicherweise nicht ausreichend sein; technisch anspruchsvollere Untersuchungen (z. B. Rollenprüfstand) werden notwendig sein, um die reibungslose Funktion zu gewährleisten.

26. Inspection and maintenance programmes can be beneficial for all types of control technology by ensuring that new-ve-

26. Les programmes de visites et d'entretien peuvent être bénéfiques pour tous les types de techniques de lutte contre les

26. Inspektions- und Wartungsprogramme können bei allen Arten der Bekämpfungstechnologie von Vorteil sein, da sie sicher-

hicle emission levels are maintained. However, for uncontrolled vehicles, maintenance of new-vehicle specifications may lead to higher NO_x levels in service to the benefit of CO, VOC, and for diesels, particulate emissions. Conversely, for catalyst-controlled vehicles it is essential to ensure that the new-vehicle specifications and settings are maintained to avoid deterioration of all major pollutants, including NO_x.

émissions en assurant le maintien des niveaux d'émission mesurés sur les nouveaux véhicules. Toutefois, pour les véhicules non équipés d'un dispositif anti-pollution, le maintien des spécifications relatives aux nouveaux véhicules risque d'entraîner une augmentation des niveaux de NO_x pour les véhicules en service au profit du CO, des COV et, pour les véhicules à moteur diesel, des émissions de particules. En revanche, pour les véhicules équipés d'un catalyseur, il est indispensable de veiller au maintien des spécifications et des normes fixées pour les nouveaux véhicules si l'on veut éviter que la situation ne se dégrade pour tous les polluants importants, dont le NO_x.

stellen, daß die Emissionswerte von neuen Fahrzeugen eingehalten werden. Dennoch kann bei Fahrzeugen, die keiner Maßnahme der Emissionsbegrenzung unterliegen, die Einhaltung der technischen Anforderungen für neue Fahrzeuge während des Betriebs zu höheren NO_x-Werten zugunsten von CO- und VOC-Emissionen und bei Dieselfahrzeugen von Partikelemissionen führen. Bei Fahrzeugen mit Katalysatoren ist es im Gegensatz dazu von grundlegender Bedeutung, sicherzustellen, daß die technischen Anforderungen und Einstellungen der neuen Fahrzeuge beibehalten werden, damit eine Verschlechterung durch alle wesentlichen verunreinigenden Stoffe, darunter NO_x, vermieden wird.

Table 1: Emission control technologies for petrol- and diesel-fuelled passenger cars and light-duty vehicles

Technology option	NO _x emission level (%)	Estimated additional production cost*) (US \$)
Petrol-fuelled		
A. Uncontrolled situation	70	–
B. Engine modifications (engine design, carburation and ignition systems, air injection)	100	**)
C. Open-loop catalyst	50	150–200
D. Closed-loop three-way catalyst	25	250–450***)
E. Advanced closed-loop three-way catalyst	10	350–600***)
F. Californian low-emission vehicles (advanced option E)	6	> 700***)
Diesel-fuelled		
G. Conventional indirect injection diesel engine	40	
H. Indirect injection engine with secondary injection, high injection pressures electronically controlled	30	1 000–1 200****)
I. Direct injection engine with turbocharging	50	1 000–1 200****)

*) Per vehicle, relative to technology option B.

***) Costs for engine modifications from options A to B are estimated at US \$ 40–100.

****) Under technology options D, E and F, CO and VOC emissions are also substantially reduced, in addition to NO_x reductions. Technology options B and C result also in CO and VOC control.

*****) Fuel consumption is substantially reduced as compared to option G, while particulate emissions of technology option G are considerably higher.

Table 2: Heavy-duty diesel engine technologies, emission performance and costs

Technology option	NO _x emission level (%)	Estimated additional production cost*) (US \$)
A. Current conventional direct injection engine	100	0
B. Turbocharged diesel engine	115	400–600
C. Turbocharged diesel engine with intercooling	70	1 500–3 000
D. Turbocharged diesel engine with intercooling, high-pressure fuel injection, electronically controlled fuel pump, combustion chamber and port optimization EGR	50–60	1 500–3 000
E. Conversion to spark ignition engine, e.g. alternative fuels such as CNG, LPG or oxygenated fuels, in combination with three-way catalytic converter	10–30	1 000–4 000

*) Per vehicle, and depending on engine size relative to technology option A.

Tableau 1: Techniques de lutte contre les émissions provenant des voitures particulières et des véhicules utilitaires légers à essence et à carburant diesel

Option technique	Niveau d'émission de NO _x (%)	Coût de production supplémentaire estimatif *) (en dollars E.-U.)
Véhicules à essence		
A. Véhicules non équipés d'un dispositif antipollution	70	-
B. Modification du moteur (conception, systèmes de carburation et d'allumage, injection d'air)	100	**)
C. Catalyseur à boucle ouverte	50	150-200
D. Catalyseur à trois voies à boucle fermée	25	250-450***)
E. Version améliorée de catalyseur à trois voies à boucle fermée	10	350-600****)
F. Véhicules californiens à faible taux d'émission (option E améliorée)	6	> 700****)
Véhicules à carburant diesel		
G. Moteur diesel classique à injection indirecte	40	
H. Moteur à injection indirecte avec injection secondaire, injection électronique à haute pression	30	1 000-1 200****)
I. Moteur à injection directe à turbocompresseur	50	1 000-1 200****)

*) Par véhicule, par rapport à l'option technique B.

***) Le coût des modifications à apporter au moteur pour passer de A à B est de l'ordre de 40 à 100 dollars E.-U. selon les estimations.

****) Dans les options techniques D, E et F, les émissions de CO et de COV sont également réduites dans des proportions appréciables, en plus de la réduction des émissions de NO_x. Les techniques B et C permettent elles aussi de réduire les émissions de CO et de COV.

*****) La consommation de carburant est sensiblement réduite par rapport à l'option G, tandis que les émissions de particules dans le cas de l'option G sont beaucoup plus importantes.

Tableau 2: Moteur diesel lourds: techniques, résultats d'émission et coûts

Option technique	Niveau d'émission de NO _x (%)	Coût de production supplémentaire estimatif *) (en dollars E.-U.)
A. Moteur classique actuel à injection directe	100	0
B. Moteur diesel à turbocompresseur	115	400-600
C. Moteur diesel à turbocompresseur à refroidissement intermédiaire	70	1 500-3 000
D. Moteur diesel à turbocompresseur à refroidissement intermédiaire, injection électronique sous pression, pompe d'alimentation à commande électronique, avec optimisation de la chambre de combustion et des conduits et recyclage des gaz d'échappement	50-60	1 500-3 000
E. Conversion en moteur à allumage commandé utilisant des carburants de remplacement (GNC, GPL ou carburants oxygénés) en combinaison avec un convertisseur catalytique à trois voies	10-30	1 000-4 000

*) Par véhicule et selon la taille du moteur, par rapport à l'option technique A.

Tabelle 1: Technologien zur Emissionsbekämpfung für benzin- und dieselbetriebene Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge

Technologieoption	NO _x -Emissionswert %	Geschätzte zusätzliche Herstellungskosten *) (US-Dollar)
mit Benzinmotor		
A. Ohne Emissionsverringering	70	–
B. Änderungen des Motors (Motorkonstruktion, Vergasungs- und Zündsysteme, Lufteinblasung)	100	**)
C. Ungeregelter Katalysator	50	150–200
D. Geregelter Dreiwegekatalysator	25	250–450****)
E. Verfeinerter geregelter Dreiwegekatalysator	10	350–600****)
F. Emissionsarmes Fahrzeug kalifornischer Bauart (weiterentwickelte Option E)	6	> 700****)
mit Dieselmotor		
G. Herkömmlicher Dieselmotor mit indirekter Einspritzung	40	
H. Motor mit indirekter Einspritzung, sekundärer Einspritzung, hohem Einspritzdruck und elektronischer Kontrolle	30	1 000–1 200****)
I. Motor mit direkter Einspritzung mit Turbolader	50	1 000–1 200****)

*) Je Fahrzeug in bezug auf die Technologieoption B.

***) Kosten für Motoränderungen von Option A nach B werden auf 40 bis 100 US-Dollar geschätzt.

****) Mit den Technologieoptionen D, E und F werden zusätzlich zu den NO_x-Emissionen auch die CO- und VOC-Emissionen verringert. Die Technologieoptionen B und C führen auch zu einer Verringerung der CO- und/oder VOC-Werte.

*****) Der Kraftstoffverbrauch ist gegenüber Option G beträchtlich geringer, während die Partikelemissionen bei der Technologieoption G wesentlich höher sind.

Tabelle 2: Technologien für schwere Nutzfahrzeuge mit Dieselmotoren, Emissionsverhalten und Kosten

Technologieoption	NO _x -Emissionswert (%)	Geschätzte zusätzliche Herstellungskosten *) (US-Dollar)
A. Herkömmlicher Dieselmotor mit direkter Einspritzung	100	0
B. Dieselmotor mit Turbolader	115	400–600
C. Dieselmotor mit Turbolader und Ladeluftkühlung	70	1 500–3 000
D. Dieselmotor mit Turbolader, Ladeluftkühlung, Hochdruckkraftstoffeinspritzung, elektronisch geregelter Kraftstoffpumpe, Optimierung der Brennkammer und des Auslasses, Abgasrückführung	50–60	1 500–3 000
E. Umrüsten auf Otto-Motoren z. B. mit alternativen Kraftstoffen wie komprimiertes Erdgas [CNG], Flüssiggas [LPG] oder mit Sauerstoff angereicherten Kraftstoffen und Einbau von Dreiwegekatalysatoren	10–30	1 000–4 000

*) Je Fahrzeug und je nach Motorstärke in bezug auf die Technologieoption A.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zoltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
 Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 · Entgelt bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1994

Teil I: 39,90 DM (3 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 39,90 DM (3 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Hinweis: Einbanddecken für Teil I und Teil II können auch zur Fortsetzung bestellt werden.

Achtung: Zur Vermeidung von Doppellieferungen bitten wir vor der Bestellung zu prüfen, ob Sie nicht schon einen Fortsetzungsauftrag für Einbanddecken erteilt haben.

Die Titelblätter der Bände 1, 2 und 3 mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1994 des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II wurden für die Abonnenten den Ausgaben des Bundesgesetzblatts 1995 Teil I Nr. 6 und 7 und Teil II Nr. 4 beigelegt.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H.
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 53003 Bonn